

19.04.2024

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3495 vom 8. März 2024
der Abgeordneten Rodion Bakum, Elisabeth Müller-Witt, Lisa-Kristin Kapteinat und
Justus Moor SPD
Drucksache 18/8411

Wann bekommt die Ministerin für Flucht, Josefine Paul, endlich die Situation in Mülheim-Raadt in den Griff?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Zentrale Unterbringungseinrichtung in Mülheim-Raadt ist seit Inbetriebnahme im Juni 2023 regelmäßig Ziel für Rettungsdienst-, Feuerwehr- und Polizeieinsätze. Hierbei kommt es regelmäßig zu Ruhestörungen und einer hohen Unzufriedenheit und Sorgen in der direkten Nachbarschaft. Die unmittelbaren Anwohnenden informieren regelmäßig und konstruktiv die Einrichtungsleitung, Bezirksregierung und Kommunalpolitik über ihre Beobachtungen und stattgehabten Ruhestörungen und Einsätze, dabei wurden seit Inbetriebnahme Einsätze eine mittelhohe zweistellige Zahl alleine durch die Anwohnenden registriert und weitergeleitet. Alleine am vergangenen Wochenende waren es acht Polizeieinsätze.¹

Eine Sprecherin der Bezirksregierung Düsseldorf hat erklärt, dass eine kurzfristige Aufstockung des Sicherheitspersonals, eine Verlegung eines Bewohners, weitere Maßnahmen „in Zusammenarbeit mit der Polizei und Ausländerbehörden“ und eine Bürgersprechstunde am 14. März 2024 „zur nachhaltigen Beruhigung der Lage“ führen soll.²

Während die kommunalen Verantwortlichen, die Einrichtungsleitung und die Bezirksregierung sich im regelmäßigen Austausch mit der Nachbarschaft befinden, hat auf die bisherigen Kontaktaufnahmen die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration, Josefine Paul, nicht reagiert. Ministerin Paul hat die Landeseinrichtungen in Gladbeck und Weeze besucht.³

¹„Mülheim-Raadt: Streit in ZUE eskaliert, mehrere Festnahmen“ vom 04.03.2024, WAZ Mülheim, online abgerufen am 06.03.2024: <https://www.waz.de/staedte/muelheim/article241811826/Raadt-Streit-in-Fluechtlingsheim-eskaliert-zwei-Festnahmen.html>

² Ebenda.

³„Fluchtministerin Josefine Paul besucht neue Landeseinrichtungen für Geflüchtete in Gladbeck und Weeze“, online abgerufen am 06.03.2024: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/fluchtministerin-josefine-paul-besucht-neue-landeseinrichtungen-fuer-gefluechtete>

Vor diesem Hintergrund ist endlich eine vollumfängliche und transparente Informationspolitik der Flüchtlingsministerin angezeigt.

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration hat die Kleine Anfrage 3495 mit Schreiben vom 19. April 2024 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales beantwortet.

1. Wie hoch ist die Belegung je Monat seit Inbetriebnahme der Zentralen Unterbringungseinrichtung in Mülheim-Raadt? (Bitte nach Monat, Anzahl, Geschlechter, Herkunftsländer, durchschnittliche Belegungs-/Aufenthaltsdauer, Anrechnung auf kommunale Unterbringung nach FlüAG NRW aufschlüsseln.)

Die erbetenen Zahlen ergeben sich aus der nachfolgenden Aufstellung. Zur durchschnittlichen Belegungs-/Aufenthaltsdauer liegen hier keine Zahlen vor.

	Belegung
30.06.2023	372
31.07.2023	611
31.08.2023	572
30.09.2023	600
31.10.2023	564
30.11.2023	552
31.12.2023	544
31.01.2024	598
29.02.2024	593

Der Stadt Mülheim wird die Regelkapazität der NU Mülheim (650 Plätze) gemäß § 3 Abs. 5 FlüAG zu 100 Prozent auf die kommunale Aufnahmeverpflichtung von Geflüchteten angerechnet. Die tatsächliche Belegung der Einrichtung ist hierfür nicht maßgeblich.

2. Wie viele Rettungsdienst-, Feuerwehr- bzw. Polizeieinsätze wurden seit Inbetriebnahme der Zentralen Unterbringungseinrichtung im Juni 2023 in der Einrichtung bzw. ihrer Umgebung registriert? (Bitte nach Grund des Einsatzes, Einsatzkräfte und -mittel, Datum, Uhrzeit, möglichen Ermittlungsverfahren, Stand der möglichen Ermittlungsverfahren und möglichen Tatverdächtigen aufschlüsseln.)

Seit Inbetriebnahme der Zentralen Unterbringungseinrichtung Mülheim-Raadt wurden 83 Polizeieinsätze verzeichnet. Als Datengrundlage der Einsatzauswertung über das Führungs- und Informationssystem der Polizei NRW dient das Einsatzbearbeitungssystem eCebius. Diese Auswertung unterscheidet nicht zwischen Einsätzen, welche an der Zentralen Unterbringungseinrichtung bzw. in deren unmittelbarem Nahbereich stattgefunden haben. Im Bereich des Rettungsdienstes (72 Einsätze) und der Feuerwehr (35 Einsätze) kam es nach Angaben der Stadt Mülheim in dem angefragten Zeitpunkt zu insgesamt 107 Einsätzen. Bei allen rettungsdienstlichen Einsätzen ist davon auszugehen, dass diese medizinisch indiziert waren.

- 3. Wie viele der vorgesehenen Sicherheits- bzw. Betreuungspersonalstellen sind seit Inbetriebnahme der Zentralen Unterbringungseinrichtung durchgehend nach Monaten besetzt? (Bitte nach vorgesehene und besetzte Personalstelle, Monat/Jahr aufschlüsseln.)**

Alle Stellen sind durchgängig besetzt.

- 4. Welche weiteren Maßnahmen ergreift die Landes- bzw. Bezirksregierung Düsseldorf in Zusammenarbeit mit der Stadt Mülheim an der Ruhr, um die Lage in und rund um die Zentrale Unterbringungseinrichtung in den Griff zu bekommen?**

Es wurden verschiedene weitere Maßnahmen umgesetzt wie bspw. die Anpassung des Brandschutzkonzeptes und der Brandschutzordnung in enger Abstimmung mit der Feuerwehr der Stadt Mülheim an der Ruhr, regelmäßige Bürgersprechstunden, die Aufstockung des Sicherheitsdienstleisters sowie die intensivierete Ansprache an Bewohnerinnen und Bewohner mit erhöhtem Betreuungsbedarf.

Der vor Ort eingesetzte Umfeldmanager, aber auch die Bezirksregierung Düsseldorf als Betreiberin, sind fortdauernd als Ansprechstelle für konkrete Anliegen, Anregungen und ggf. Beschwerden erreichbar. Durch den Austausch sollen bestehende Unsicherheiten und Ängste angesprochen und im Optimalfall vor Ort abgebaut werden.

Aufgabe des Umfeldmanagers ist es, eine Mittlerfunktion zwischen der Aufnahmeeinrichtung und der Bürgerschaft einzunehmen. Darüber hinaus wirkt er bei Bedarf korrigierend auf das Verhalten der Geflüchteten außerhalb der Einrichtung ein und hilft Lösungsansätze bei bestehenden Konflikten zu erarbeiten sowie Verständnis füreinander und die unterschiedlichen Kulturen zu entwickeln.

Des Weiteren findet ein enger und intensiver Austausch zwischen den örtlichen Ordnungs- und Sicherheitsbehörden statt.

- 5. Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche um eine mögliche Vertragsverlängerung zwischen der Bezirksregierung Düsseldorf und der Stadt Mülheim an der Ruhr über den regulären zwei Jahren Betriebszeit hinaus? (Bitte nach Gesprächen zwischen Ministerium, Bezirksregierung und Stadt Mülheim an der Ruhr, Gesprächsinhalt, Gesprächsergebnis, Gesprächsdatum und weitere Korrespondenz aufschlüsseln.)**

Die Ausübung des vertraglichen Optionsrechts auf Verlängerung der Verträge um jeweils ein Jahr durch die Bezirksregierung Düsseldorf steht unter dem Einvernehmensvorbehalt der Stadt Mülheim. Dies wurde nicht nur vertraglich festgehalten, sondern der Stadt Mülheim gegenüber zudem schriftlich bestätigt und zugesichert.

Die Stadt Mülheim a.d.R. will zeitgerecht bis Herbst 2024 eine Entscheidung zu den weiteren Planungen mitteilen.